



BOENING / ZENT / LAIF

Deutsche Bundesbank in Frankfurt am Main

ben sich auch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages mit der Krise in Griechenland beschäftigt. Die Experten kommen in einer Analyse für den FDP-Abgeordneten Volker Wissing zu dem Schluss, dass sich ein Mitgliedsland nicht wegen Zahlungsunfähigkeit aus der Gemeinschaft ausschließen lässt. Jedoch könnten bei Verstößen gegen die Grundsätze der Währungsunion die Mitgliedsrechte eines Landes suspendiert werden, zum Beispiel das Stimmrecht im Europäischen Rat. Wissing fordert die EU deshalb auf, „künftig genauestens zu prüfen, dass neue Mitglieder tatsächlich dauerhaft in der Lage sind, den Anforderungen einer gemeinsamen Währung gerecht zu werden“.

stellen Hamburg, Hannover, Bad Hersfeld und Hof wurde die verdächtige Post dann dem Zoll übergeben.

SPIEGEL: Vom BND ist bekannt, dass er Post aus der DDR öffnete, unter anderem um ein Bild von der dortigen Stimmung zu bekommen. Die Briefe wurden dann wieder verschlossen und zugestellt. Was machte der Zoll damit?

Foschepoth: Wenn man sogenannte staatsgefährdende Schriften fand, wurden sie dem Staatsanwalt übergeben oder vernichtet, zeitweise übrigens von Häftlingen in einem Zuchthaus in Hannover.

SPIEGEL: Wie viele Sendungen wurden nach Ihrer Einschätzung konfisziert?

Foschepoth: In den Akten lässt sich nachweisen, dass alliierte und deutsche Stellen zwischen 1956 und 1972 mindestens 151 Millionen Postsendungen aus dem Verkehr zogen.

SPIEGEL: Und das wurde bis 1990 so gehandhabt?

Foschepoth: Über die siebziger und achtziger Jahre wissen wir bislang wenig. Die Akten liegen nämlich der Forschung nicht vor.

SPIEGEL: Sind denn auch private Briefe geöffnet worden?

Foschepoth: Selbstverständlich. Die Bundesrepublik dürfte das am besten überwachte Land im demokratischen Westen gewesen sein.

KOALITION

CSU will Spekulationen besteuern

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer fordert, zum Ausgleich der Lasten der Finanzkrise neue Steuern einzuführen. „Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die Kosten der Finanzkrise bezahlen. Ein Instrument dafür könnte eine internationale Finanztransaktionssteuer sein“, sagte der CSU-Chef. Er fügte hinzu: „Es geht dabei auch darum, diejenigen an der Bewältigung der Krise zu beteiligen, die zuvor zu ihrer Entstehung beigetragen haben.“ Vor Seehofer hatte sich schon Bundeskanzlerin Angela Merkel für die Einführung einer solchen Steuer ausgesprochen. Seehofer lässt derzeit von seinen Beamten prüfen, welche Form eine Finanztransaktions-



HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

Seehofer

steuer annehmen könnte. Die FDP-Führung hat schon Widerstand gegen das Vorhaben der Union angekündigt.

STRAFVOLLZUG

Pistole im Knast

Offenbar hatten die beiden Schwereverbrecher, die Ende November aus dem Aachener Gefängnis ausbrachen, noch einen zweiten Fluchtplan vorbereitet. Für den Fall, dass ihr Ausbruch unter Mithilfe eines Wachbeamten nicht klappen sollte, hatte sich

Michael Heckhoff eine Gaspistole beschafft. Mit dieser täuschend echt aussehenden Waffe hatten er und sein Komplize Peter Paul Michalski offenbar vor, einen Gefängnisbeamten als Geisel zu nehmen und so ihre Freilassung zu erzwingen. Als der erste Fluchtversuch glückte, warfen sie die Gaspistole in der Nähe des Gefängnisses auf dem Gelände einer Kläranlage weg, wo sie Mitte Dezember nach einer Beschreibung von Heckhoff gefunden wurde. Bei ihrer Flucht hatten die Häftlinge zwei scharfe Dienstpistolen dabei und zwei Mobiltelefone. Als Beschaffer und Fluchthelfer wird gegen den Beamten Michael K. ermittelt (SPIEGEL 51/2009), der Verdacht gegen ihn hat sich nach Angaben von Ermittlern in den letzten Tagen erhärtet. Das Verfahren gegen K. wird derweil unter ungewöhnlich strenger Geheimhaltung geführt. Noch kurz vor Weihnachten kämpfte K.s Kölner Rechtsanwalt Thomas Gros um Akteneinsicht. Die Staatsanwaltschaft Aachen verweigerte dem Verteidiger sogar die Einsicht in die Vernehmungsprotokolle seines Mandanten, da dessen Verhalten von „Täuschungshandlungen gekennzeichnet“ sei. Über Gros' Antrag auf Aussetzung des Haftbefehls soll frühestens Anfang Januar entschieden werden.



Michalski



Heckhoff

POLIZEI / DDP



JÖRG CARSTENSEN / DPA